

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Angriff auf unsere direkte Demokratie von <i>Stephan Amacker</i> Seite 2	Kanton Zürich Damit der Wahltag zum Erfolg wird von <i>Patrick Walder</i> Seite 3	Aktuell Das Feuerwerk verstummt – wir nicht von <i>Marc Bochsler</i> Seite 4	Fadegrad Realitätsferne Anspruchshaltung von <i>Ueli Bamert</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp SVP-Präsident Marcel Dettling in Hüttikon Seite 8
---	---	--	---	--

ZEIT ZUM INNEHALTEN

Abstand schafft Klarheit

Die Sommerferien sind für viele die schönste Zeit des Jahres. Einige zieht es in die Berge, andere ans Meer, wieder andere geniessen die freien Tage bewusst zu Hause. Unabhängig vom Reiseziel verbindet diese Zeit etwas Entscheidendes: Sie schafft Abstand zum Alltag.



Die Schönheit unserer Heimat erinnert daran, was es zu bewahren gilt.

Bild: Adobe Stock

Gerade dieser Abstand ist oft wertvoller als jede Reise. Wer für einige Tage aus den gewohnten Abläufen ausbricht, gewinnt eine neue Perspektive. Was gestern noch dringend erschien, verliert plötzlich an Bedeutung. Gleichzeitig rücken jene Dinge wieder in den Vordergrund, die unser Leben tatsächlich

tragen: Familie und Freunde, Gesundheit, Sicherheit, Freiheit und die Gewissheit, in einem Land zu leben, das seinen Bürgerinnen und Bürgern viele Möglichkeiten eröffnet. Diese Erfahrung ist nicht nur persönlich bereichernd. Sie kann auch für die Politik lehrreich sein.

Ein Schritt zurück lohnt sich
Der politische Alltag kennt kaum Pausen. Täglich erreichen uns neue Schlagzeilen, Studien, Forderungen und Empörungswellen. Kaum ist eine Debatte beendet, beginnt bereits die nächste. Wer sich diesem ständigen Strom aussetzt, läuft Gefahr, den

Blick für das Wesentliche zu verlieren.

Nicht jede Aufregung verdient eine politische Antwort. Nicht jede Mode rechtfertigt neue Gesetze, zusätzliche Vorschriften oder staatliche Eingriffe. Gute Politik entsteht selten aus Hektik. Sie braucht Zeit zum Abwägen, den Mut, auch gegen den Zeitgeist zu argumentieren, und die Bereitschaft, langfristige Entwicklungen höher zu gewichten als kurzfristige Schlagzeilen.

Gerade in einer direkten Demokratie ist dies von besonderer Bedeutung. Volksabstimmungen und Wahlen entscheiden nicht über den nächsten Nachrichtenzyklus, sondern über die Zukunft unseres Landes. Deshalb lohnt es sich, Entwicklungen nüchtern zu beurteilen und sich nicht von kurzfristigen Emotionen leiten zu lassen.

Das Wesentliche im Blick behalten
Die Schweiz ist nicht erfolgreich geworden, weil sie jedem internationalen Trend gefolgt ist. Ihr Erfolg beruht auf bewährten Grundsätzen: Eigenver-

änderungen braucht es Orientierung statt Beliebigkeit und Verlässlichkeit statt kurzfristiger Symbolpolitik.

Abstand hilft dabei, Prioritäten richtig zu setzen. Wer das grosse Ganze im

«Verantwortung bedeutet, über den Moment hinauszudenken.»

Blick behält, erkennt oft klarer, welche Entscheidungen unserem Land langfristig dienen – und welche lediglich den politischen Zeitgeist widerspiegeln.

Mit neuer Klarheit in den Herbst
Die Sommerzeit bietet deshalb mehr als Erholung. Sie schenkt Gelegenheit, neue Kraft zu sammeln und den Blick zu schärfen für das, was wirklich zählt – im persönlichen Leben ebenso wie in der Politik. Nach der Sommerpause stehen wichtige politische Entscheidungen bevor. Umso mehr lohnt es sich, ihnen mit klarem Kopf, gesundem Menschenverstand und dem Bewusstsein zu begegnen, dass nachhaltige Lösungen wichtiger sind als schnelle Schlagzeilen. Ich wünsche Ihnen weiterhin erholsame Sommertage, viele schöne Begegnungen und Zeit für alles, was im Alltag oft zu kurz kommt. Gleichzeitig hoffe ich, dass Sie in dieser Ausgabe des «Zürcher Boten» interessante Anregungen finden und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT

Die Partei des Mittelstandes

Fiire mit de SVP

Für eusi Lüüt

Treffen Sie unsere Regierungsratskandidaten
Natalie Rickli und **Martin Hübscher**
sowie zahlreiche Kantonsratskandidaten

Party-Band:
Compass

Dresscode:
Rot-Weiss oder Edelweiss

22. Oktober 2026
Ab 19.00 Uhr

1 Essen und
1 Getränk offeriert

Chesselhuus
Pfäffikon

Schweizer Neutralität

JA



Hochsommerliche Hundstage

Für Politiker gibt es ein gefährliches Minenfeld, das sie grossräumig umgehen sollten: das Thema Hunde. Ein spazierender Volksvertreter sollte den ihm entgegenkommenden Hundehaltern entzückt zurufen: «Was für ein wunderschöner Hund!» Begegnet er aber hundelosen Spaziergängern, sollte er sich genauso entzückt freuen: «Schön, dass auch noch Menschen unterwegs sind ohne einen streunenden Köter!» Viele vorbildliche Hundehalter bemühen sich um eine saubere Landschaft. Sie entsorgen das dicke Geschäft ihres Hundes zuverlässigsvorschriftsmässig mit Plastiksäcken im Robidog. Manche Bauern beklagen sich aber über rücksichtslose Hundehalter, die ihre Lieblinge auf Wiesen, Äckern und Feldern herumrennen und nach Belieben koten lassen. Das Ausscheiden von Krankheitserregern und die Futterverschmutzung sind ihnen egal. Stellt man solche «Tierfreunde» zur Rede, äussern sie oft die Ansicht, ihr Verhalten sei ihr gutes Recht. Weil das Landwirtschaftsland ohnehin Allgemeingut sei und allen gehöre...

Pünktlich auf die hochsommerlichen Hundstage ist in der Stadt Zürich ein Hundekrieg ausgebrochen. Die SP-Stadträtin Simone Brander hat die Allmend entlang des rechten Sihlufers zur hundefreien Zone erklärt – angeblich im Interesse der Spaziergänger und Velofahrer. Gegen die Wegnahme dieses «Hundeparadieses» protestieren jetzt die Hundehalter, weil dort ihre Tiere herumtollen und baden können. Gleichzeitig gibt sich die rotgrüne Stadtregierung machtlos gegenüber der offenen Drogenszene, die sich im Stadtzentrum ausbreitet. Hier gibt es offenbar keine entsprechenden Bedenken bezüglich Sicherheit und Hygiene. Mir schreibt ein Mitbürger: «Drögel der dürfen in aller Ruhe die Stadt Zürich verunreinigen, die Gewerbler verunsichern, Passanten bedrohen. Aber harmlose Hündeler, die einfach mit ihren Hunden auf der Allmend spazieren gehen, die will man vertreiben!» Darum etwas Positives zu den Hunden: «Hunde freuen sich immerhin, wenn ihnen etwas vorgeworfen wird.» Und etwas Negatives zu ihren Haltern: «Hundehalter sind Feiglinge, die nicht genug Mut haben, selber zubeissen.»

PREISGABE UNSERER HEIMAT

Angriff auf unsere direkte Demokratie

Mutlosigkeit, persönliche Bereicherung oder Karriereziele in der EU oder NATO sind Interessen, die Leute aus Politik und Wirtschaft dazu bewegen, unser bewährtes politisches System infrage zu stellen. Sei es durch die Ablehnung der Neutralitätsinitiative oder die Annahme der EU-Verträge.



Stephan Amacker
Ehem. Präsident
Kommission Energie
und Umwelt
SVP Kanton Zürich
Neftenbach

Die wichtigen Pfeiler unserer Staatsstruktur sind die direkte Demokratie, der Föderalismus, die Konkordanz und die bewaffnete Neutralität. Die Souveränität des Volkes wird durch die vor uns liegenden Abstimmungen zur Neutralität und zu den EU-Verträgen gefährdet.

Was die Schweiz von praktisch allen anderen Ländern unterscheidet, ist die Steuerung der politischen Prozesse von unten nach oben: Das stimmberechtigte Volk ist die oberste Autorität im Land, der sogenannte Souverän. Neue Ideen können durch Initiativen eingebracht, Gesetze durch Referenden angenom-

men oder abgelehnt werden und die Volksvertreter mit Ausnahme des Bundesrates frei gewählt werden. Die Information geschieht dabei über die Vernetzung vom Bürger zu Gemeindebehörden, Kantonsparlament, Kantonsregierung, Parlament und Bundesrat, welche die Legislativen und Exekutiven repräsentieren.

Föderalismus und Konkordanz

Sehr früh wurde die Politik in der Schweiz durch den Föderalismus geprägt, wobei die Suche nach Einigkeit in den Ständen über Kompromisse durch den Gedanken zur Konkordanz als zentrales Prinzip des politischen Systems erfolgreich war. Heute wird die Einsicht zu gemeinsamen Lösungen nicht mehr durch Kriege erreicht, sondern durch Diskussionen in den Parteien, im kleinen Kreis, in der Presse, in TV-Sendungen etc. Die Konkordanz ist das effizienteste Mittel zu gemeinsa-

men Lösungen, und die dabei erreichte Einigkeit hat die Schweiz stark gemacht.

Polarisierung

Die Stärke der schweizerischen Politik ist die Beteiligung aller Parteien in den Legislativen und Exekutiven. Dies hebt uns von den meisten Ländern der Welt ab und bildet ein stabiles Fundament unserer Demokratie. Der Erfolg ist aber nur möglich, wenn diese Parteien sich letztlich im Sinne der Konkordanz zu Lösungen durchringen. Parteien, die ideologisch und ohne Bereitschaft zu Kompromissen den zuvor genannten Prinzipien nicht folgen, blockieren politische Prozesse, verursachen unnötige Kosten und gefährden unsere Demokratie.

Parteilosigkeit

Der Anteil von Parteilosen im Bundesrat, Nationalrat, Ständerat (SR Daniel Jositsch ist weiterhin in der SP-Fraktion) und im Kantonsrat liegt bei 0 Prozent. Eine Ausnahme ist der Zürcher Regierungsrat mit Mario Fehr. Einen regelrechten Bruch in dieser Prozesskette zwischen den Stimmbürgern und der Kantons- resp. Bundespolitik bilden die lokalen Behörden, bei denen die Parteilosen heute die Mehrheit haben. So liegt dieser Anteil bspw. Bezirk Winterthur bei 68 Prozent. Der Wille des Souveräns kann dadurch nur beschränkt an die übergeordneten Legislativen resp. Exekutiven weitergeleitet werden. Auch wird der umgekehrte Prozess zu den Bürgern behindert. Mit Berichten im «Zürcher Boten» wurde die Problematik beleuchtet.

Was ist zu tun

In den Grundzügen reifte unsere Form der direkten Demokratie über die letzten Jahrhunderte und wurde 1848 in

unserer Verfassung niedergeschrieben. Die positiven Erfahrungen damit sind die besten Argumente, diese vom Volk gestützte Demokratie beizubehalten und in der aktuellen Zeit zu verteidigen.

Die SVP ist zwar die stärkste Partei der Schweiz, kann sich aber ohne Partnerschaften in diesen Fragen nicht durchsetzen. Die Nachhaltigkeits-Initiative hat gezeigt, dass die grossen Städte und die Romandie diesen SVP-Vorschlag mit 70 Prozent ablehnten. Die fehlenden fünf Prozent zum Gewinn der berechtigten Vorlage wären beim Ausmass dieser Anti-SVP-Haltung mit einem gezielten Einsatz zu finden gewesen.

Bezüglich der epidemisch wachsenden Parteilosigkeit sollte die SVP die anderen Parteien und die nicht politisch organisierte Bevölkerung über die Konsequenzen informieren. Die wichtigsten Gründe sind die fehlende Transparenz bei Vorlagen und die Richtungs- und Ziellosigkeit der meist populistisch auftretenden Kandidaten, die alles aber nichts vertreten. Die fehlende Vernetzung zur Kantons- und Bundespolitik birgt grosse Nachteile für alle Parteien.

Fazit

Im Hinblick auf die bevorstehende Schlacht gegen den EU-Unterwerfungsvertrag wird es entscheidend sein, dass die Vorteile unseres demokratischen Systems den Stimmbürgern nähergebracht und die desaströsen Auswirkungen durch eine Abstimmungsniederlage klar aufgezeigt werden. Zur Erreichung einer Mehrheit bei der Abstimmung ist die Zusammenarbeit mit anderen Parteien zu verstärken.

Ein Verzicht auf die konsequente Neutralität in Friedenszeiten oder sogar eine Übernahme der unsäglichen EU-Verträge macht die Schweiz zum Spielball fremder Mächte unter Verlust der Eigenständigkeit, die uns Sicherheit und Wohlstand gebracht hat.

FEHLENDE MEDIENFREIHEIT, FEHLENDER PLURALISMUS, ABER ...

Sperrangelweit offene EU-Grenzen

Nach wie vor redet man in der EU über Medienfreiheit, Pluralismus und Meinungsäusserungsfreiheit. In Tat und Wahrheit sind diese gar nicht vorhanden. Dass die EU nicht funktioniert, dokumentiert neuestens der Ansturm aus Afrika auf die spanische Exklave Ceuta.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Rund 60 000 Migranten stürmten am Donnerstag letzter Woche von Marokko in die spanische Exklave Ceuta. In Europa schrillten die Alarmglocken. Nach dem Ansturm auf Ceuta fordert die SVP das Hochfahren der Schweizer Grenzkontrollen. Gleichzeitig brauche es Rückweisungen an den Grenzen ohne Asylverfahren, weil in den Nachbarländern niemand verfolgt werde.

Schengen-Dublin-Abkommen funktioniert nicht

«Das Schengen-Dublin-Abkommen funktioniert überhaupt nicht», begründet SVP-Asylspezialist und Nationalrat Pascal Schmid. «Wie Ceuta zeigt, hat die EU die Kontrolle über die Aussengrenzen verloren, und das Asylrecht wird als Einwanderungsschiene missbraucht.» Er sagt, das Schengen-Abkommen funktioniere nicht, die Grenzen seien «sperrangelweit offen».

Es ist eine Invasion

«National- und Ständerat haben Marokko im Juni als sicher eingestuft. Das sind alles Wirtschaftsmigranten und nicht Leute, die im eigenen Land verfolgt werden», stellt die SVP fest. Ceuta gehört als spanische Exklave zum Schengen-Raum; die Grenze zu Marokko bildet somit eine Schengen-Aussengrenze. Zwar werden Reisende bei der Weiterreise von Ceuta auf das spanische Festland nochmals kontrolliert. Wer jedoch auf das Festland gelange, könne sich aufgrund der weitgehend offenen Schengen-Binnengrenzen bis in die Schweiz weiterbewegen, warnt Pascal Schmid.

Diverse Propagandamaschinerien

In offiziellen Stellungnahmen redet die EU alles schön: «Die Europäische Union hat Medienfreiheit und Pluralismus als Säulen der modernen Demokratie und als Voraussetzungen für eine freie und offene Debatte gewählt. Medienfreiheit und Pluralismus sichern den Informationsfluss und spielen eine Schlüsselrolle bei der Rechenschaftspflicht. Die Kommission hat ihre Arbeit in diesem Bereich intensiviert.» So tönen die Propagandamaschinerien der EU. Die Wahrheit sieht ganz anders aus.

Spaniens russische Kamow Ka-32-Löschhubschrauber wurden ausser Dienst gestellt, weil EU-Sanktionen gegen Russland den Zugang zu Ersatzteilen und zur vom Hersteller unterstützten Wartung erschweren. Die Hubschrauber wurden also nicht direkt von der EU «verboten»; vielmehr machen die Sanktionen den weiteren Betrieb unter den vorgeschriebenen Sicherheits- und Wartungsanforderungen schwierig.

Russische Helikopter dürfen in Spanien nicht helfen. Die Sanktionen verhindern das. Stattdessen muss die mühsame Bürokratie über den EU-Zivilschutzmechanismus aktiviert werden. Auch hier gilt: Die EU ist unfähig, menschliche Hilfe für ihre Mitgliedsländer zu organisieren. Sie kommt über ihre Ideologie nicht hinweg.

same Bürokratie über den EU-Zivilschutzmechanismus aktiviert werden. Auch hier gilt: Die EU ist unfähig, menschliche Hilfe für ihre Mitgliedsländer zu organisieren. Sie kommt über ihre Ideologie nicht hinweg.

Gerichtshof ist Partei

Die EU-Sanktionen gegen den Schweizer Oberst Jacques Baud sind immer noch in Kraft. Unbescholtene Bürger werden in die Brüsseler Machtmaschinerie hineingezogen. Der EU-Gerichtshof scheint nur noch das zu tun, was die EU-Kommission will.



Rund 60 000 Migranten stürmten am Donnerstag letzter Woche von Marokko in die spanische Exklave Ceuta.

Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Hochzeit mit Panda

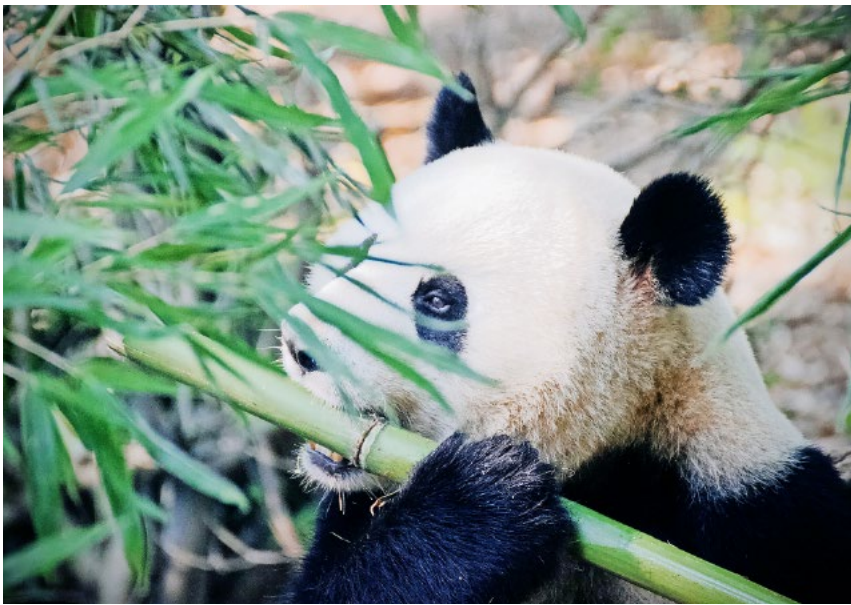
Der WWF war früher bekannt als Verein, der sich für den Schutz von Tieren einsetzte. Das weltbekannte Logo mit dem Panda ist geblieben, aber der WWF ist inzwischen zu einem Milliardenkonzern der Klimasekte geworden, der den Panda eigentlich durch ein Bild von Greta ersetzen müsste.



Tobias Infortuna
Kantonrat SVP
Egg

Seit einigen Jahren ist der WWF nicht mehr auf Tierschutz, sondern auf Erziehung spezialisiert und gibt immer wieder Tipps und Tricks für und gegen allerlei Sachen. Neulich zum Beispiel 15 Ratschläge für eine nachhaltige Hochzeit. Um es vorzuschicken: Mit nachhaltig ist nicht eine dauerhafte Ehe gemeint, sondern dass der Hochzeitstag umwelt- und klimaschonend stattfinden soll.

Es beginnt schon bei der Einladung. Am besten soll auf hübsche Karten verzichtet werden, eine digitale Einladung genüge vollauf. Denn Karten sind Gift für das Klima. Eine E-Mail ist ja auch viel romantischer als eine liebevoll gestaltete Karte. Der WWF weiss einfach alles.



Der Panda wacht darüber, dass beim Jawort auch das Klima glücklich ist.

Bild: Pixabay

Zu viele Gäste verderben den veganen Brei

Auch ein kritischer Blick auf die Gästeliste sei wichtig. Zu viele Leute würden nur den Energieverbrauch und den Abfallberg erhöhen. Endlich eine gute Ausrede, um den Suppe schlürfenden Onkel nicht einladen zu müssen. «Es tut uns leid, lieber Onkel, aber Du verbrauchst beim Essen der Suppe zu viele Servietten. Dieser Abfallberg ist nicht nachhaltig! Deshalb haben wir Dir keine digitale Einladung geschickt.»

Auch nicht einfach: die Wahl des Ortes. Trauung und Feier sollen am selben Ort stattfinden, damit die beiden Lokalitäten mit einem Spaziergang statt mit einer Autofahrt verbunden werden können.

Samenkonfetti oder Reis?

Das richtige Wurfmaterial – eine Wissenschaft für sich! Verwenden Sie bloss keinen Reis oder Konfetti, um in die Luft zu werfen. Das führe nur zu unnötiger Verschmutzung. Stattdessen könne man selbst biologisch abbaubares Sa-

menkonfetti herstellen. Die Anleitung dazu hört sich allerdings eher umständlich und zeitintensiv an. Man benötigt einen Mixer, ein Sieb und, nachdem man den Brei zwei Tage lang trocknen liess, einen Locher. Bis dann sind die meisten Paare schon wieder geschieden. Die Reste sollen nach dem Werfen aber sowieso – ob Reis oder Samenkonfetti – wieder eingesammelt werden. Also bleiben Sie besser beim Reis. Denn wenn man bei den Sonntagsschuhen auch die Sohlen putzt, kann man den Reis anschliessend noch gut und gerne für das Festmahl verwenden.

Wasser statt Wein

Das Essen ist nicht nur wegen des bereits vorhandenen Reises schnell geplant. Ein vegetarisches oder veganes Buffet muss es sein. Ausgeschenkt soll allenfalls biologischer Wein werden. Noch besser aber sei, gar keinen Alkohol anzubieten. Wieso, wird nicht erwähnt, es sind ja alle zu Fuss da. Ganz abgesehen davon, dass kaum jemand die Reden in nüchternem Zustand übersteht.

In der digitalen Einladung soll darauf hingewiesen werden, dass alle Gäste eine Mehrwegbox mitbringen sollen, damit die Essensreste nicht weggeworfen werden müssen. Auf diese Weise kann man sich auch am nächsten Tag noch am Risotto aus dem selbst eingesammelten Reis erfreuen.

Der Höhepunkt: Die Spende

Dann aber der für den WWF wichtigste Ratschlag: Als Hochzeitsgeschenk eigne sich nichts besser als eine Spende im Namen des Brautpaares für den WWF. Die Spende wird mit einer schicken Klappurkunde bestätigt. Eine richtige Urkunde aus Papier, nicht nur digital wie die Einladung! Nur schon wegen dieser WWF-Urkunde lohnt es sich, alle diese nützlichen Tipps für ein einmaliges Fest zu befolgen. Man heiratet schliesslich höchstens einige Male im Leben.

MEIN ERSTER TAG IM KANTONSRAT

Hello Again



Thomas Wolf
Kantonrat SVP
Winterthur

Zuerst stelle ich mich vor: Ich bin Thomas Wolf, gerade 60 Jahre alt geworden, wohne in Winterthur, gehe seit 25 Jahren mit meiner Partnerin Priska durchs Leben und arbeite als Geschäftsführer einer Weinhandlung. Ich war ab 2018 als SVP-Gemeinderat und als Fraktionspräsident im Stadtparlament Winterthur tätig. Durch die Aufgabe unseres Gastrobetriebes Ende 2022 sind wir von Winterthur weggezogen, worauf ich von allen Ämtern in der Stadt zurückgetreten bin. Seit Februar 2026 wohnen wir nun wieder in Wülflingen. Und schon im März hörte ich vom Rücktritt von Kantonsrätin Susanna Lisibach. Ich wurde bei den Wahlen 2023 auf den ersten Ersatzplatz gewählt. So kam schon bald die Anfrage, ob ich das Amt übernehmen wolle. Nach einigem Überlegen kam ich zum Entscheid: Ja, ich will das. Zusammen mit meinem Kollegen René Isler besuchte ich im Vorfeld eine Kantonsratssitzung, wo ich viele alte Bekannte traf und neue Leute kennenlernte.

Am Montag, 6. Juli, wurde es dann ernst. In Begleitung meiner Partnerin fuhr ich mit dem Zug nach Zürich, wo mich der Weibel empfing. Ich nahm den Badge in Empfang, mein Sitzplatz wurde mir gezeigt und das Notwendige erklärt. Beim Kaffee wurde ich von der Ratspräsidentin, unserer Romaine Rogenmoser, begrüsst, die anschliessend die Sitzung eröffnete. Ich musste draussen hinter verschlossenen Türen warten, bis mich der Weibel abholte und zum «Bock» führte. Die Regierungsräte, Kollegen und Besucher erhoben sich und ich legte mein Gelübde ab. Ein grossartiger Moment, und in dem Augenblick wird einem die Bedeutung des Amtes richtig bewusst.

Danach wurde ich in die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) gewählt und weitere Wahlen und Sachgeschäfte wurden erledigt. Nach dem Mittagessen im Fraktionszimmer führte Fraktionspräsident Tobias Weimann umsichtig und speditiv durch die Fraktions-sitzung, gefolgt von der Nachmittagssitzung.

Fazit: Spannende und interessante Themen, Fraktion auf Kurs, Wolf braucht noch etwas Einarbeitungszeit. Damit es nicht nur ein toller Tag wurde, hat ein etwas unbedarfter Ratskollege aus der Fraktion der Grünen mit einem unsäglichen Vergleich zur Nazi-Keule gegriffen und sich gerade selber lächerlich gemacht. Für eine Entschuldigung hat ihm dann allerdings das Rückgrat gefehlt.

Nach der Ratssitzung traf sich die SVP-Fraktion auf dem Hof von Urs Wegmann in Hünikon zum Sommeranlass mit Raclette. So fand ein spannender und intensiver erster Tag im Kantonsrat einen guten Abschluss bei interessanten Gesprächen und einem Glas Wein. Ich freue mich auf die kommende Zeit und werde bestrebt sein, die Interessen des bürgerlichen Winterthurs im Kantonsrat bestens zu vertreten.



SVP-Kantonrat Thomas Wolf (r.) legte das Amtsgelübde ab. Bild: zVg

WISSENSWERTES AUS DEM KANTONSRAT

Fraktionen des Kantonsrates

Die Fraktionen bilden das politische Rückgrat des Zürcher Kantonsrates. In ihnen schliessen sich in der Regel Kantonsratsmitglieder derselben Partei zusammen, um gemeinsame politische Anliegen zu vertreten und ihre Positionen zu koordinieren. Sie prägen die Meinungsbildung innerhalb des Parlaments und bereiten die Entscheidungsfindung entlang parteipolitischer Linien vor.

Fraktionen sind keine Organe der politischen Parteien, sondern des Kantonsrates selbst. Sie dienen als zentrale Plattform für den politischen Austausch unter gleichgesinnten Ratsmitgliedern. In den Fraktionssitzungen werden die Geschäfte des Kantonsrates beraten, Positionen abgestimmt und die Behandlung im Plenum vorbereitet. Darüber hinaus können Fraktionen Wahlvorschläge einreichen, Erklärungen abgeben und neue Ratsmitglieder in den parlamentarischen Betrieb einführen.

Für die Bildung einer Fraktion sind mindestens fünf Kantonsratsmitglieder erforderlich. Während politische Parteien in der Schweiz grundsätzlich keine staatlichen Beiträge erhalten, werden die Fraktionen finanziell unterstützt. Die Höhe dieser Entschädigung richtet sich nach der Anzahl ihrer Mitglieder und ist im Beschluss

des Kantonsrates über die Festsetzung der Entschädigungen für die Mitglieder des Kantonsrates und für die Fraktionen geregelt.

In der Legislaturperiode 2023–2027 bestehen acht Fraktionen. Die grösste Fraktion bilden die SVP und die EDU (seit dem Wechsel von Bernhard im Oberdorf von der SVP zur Mitte noch 48 Mitglieder), gefolgt von der SP (36) und der FDP (30). Weitere Fraktionen sind die GLP (23), die Grünen (19), die Mitte (11), die EVP (7) sowie die AL (5).

Obwohl im Zürcher Kantonsrat insgesamt zehn Parteien vertreten sind, haben sich einzelne Parteien zu gemeinsamen Fraktionen zusammengeschlossen. So gehört der Grünen-Fraktion ein Mitglied der Christlich-Sozialen Partei (CSP) an, während die SVP-Fraktion drei Mitglieder der EDU umfasst.

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER WAHLKOMMISSION

Damit der Wahntag zum Erfolg wird

Noch vor den Sommerferien hat die SVP des Kantons Zürich ihre Regierungskandidaten nominiert. Ich freue mich als Wahlkommissionspräsident der Zürcher SVP auf den Wahlkampf mit Natalie Rickli und Martin Hübscher. Ich bin mir sicher, dass wir zusammen mit diesen hervorragenden Kandidaten einen tollen Wahlkampf aufgleisen können. Wir werden aufzeigen, dass es für den Kanton Zürich wichtig ist, dass die SVP mit klarem Kompass weiterhin mit zwei Vertretern in der Regierung sitzt. Und diese beiden Kandidaten haben einen klaren Kompass – bürgerlich, bodenständig und konsequent.

Sommerpause? Von wegen!

Gleich nach der Nomination starteten die Sommerferien. Für uns als Milizpolitiker bedeutet dies vor allem weniger Sitzungen. Dies gibt etwas Raum für Pendenzen auf der Arbeit und etwas mehr Zeit für die Familie. Gleichzeitig gibt es auch Zeit, am Schreibtisch politische Pendenzen abzuarbeiten und Projekte aufzugleisen.

Vorbereitung in den Sektionen

So haben viele Sektionspräsidenten in den letzten Wochen die Standaktionen für die wichtigen Abstimmungen vom 27. September geplant oder werden dies in den nächsten Wochen tun, erste Gedanken zum Jahresplan 2027 niederschreiben und überlegen, wie

sie mithelfen können, dass die Regierungs- und Kantonsratswahlen vom 4. April 2027 für die SVP zum Erfolg werden.

Bei den Bezirkspräsidenten und den Bezirkswahlleitern wird es ähnlich aussehen. Auch diese werden die Zeit nutzen, die Wahlen vorzubereiten. Viele Bezirke haben schon ihre Kandidaten nominiert. Nun gilt es, die Fototermine zu planen, die Werbemittel mit dem Vorlagentool der SVP des Kantons Zürich zu erstellen, die Einwilligungen für die Plakatstellen einzuholen und sich zu überlegen, wie im eigenen Bezirk die Wähler mobilisiert werden können.

Gemeinsam zum Wahlerfolg

Auch wir in der Wahlkommission nutzen zusammen mit der Parteileitung diese Zeit für die weitere Planung der nächsten Aktivitäten. Die Parteileitung fokussiert sich dabei auf die Abstimmungen und das Parteiprogramm; die Wahlkommission fokussiert sich naturgemäss auf die Wahlen, aber auch auf mögliche künftige kantonale Volksinitiativen. Weiter schärfen wir in dieser Zeit das Wahlkonzept. Wir überlegen uns, wie und wann welche Massnahme angebracht ist, wie die Regierungskandidaten optimal unterstützt werden können und wie wir den Bezirken und Kandidaten unter die Arme greifen können.

Nach den Sommerferien, wenn der normale Trubel wieder einsetzt, möch-

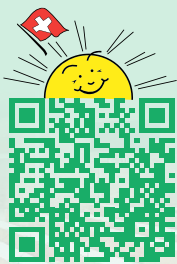
ten wir für die Wahlen bereit sein. Unsere Strategie, also der genaue Plan zur Erreichung des Ziels unter Einschluss sämtlicher Faktoren, die der Zielerreichung entgegenwirken könnten, soll stehen. Schritt für Schritt werden wir im Herbst dann die Kandidaten und die Bezirke über die genauen Massnahmen orientieren.

Ein wichtiger Bestandteil dieses Planes werden die eingangs erwähnten Sektionspräsidenten, Bezirkspräsidenten, Bezirkswahlleiter und alle weiteren engagierten Mitglieder sein. Als Kantonalpartei sind wir auch auf Personen angewiesen, die eben auch in den Sommerferien an die Partei denken, Vorbereitungen treffen und diverse Parteiarbeiten verrichten. Denn genau auf solche Personen können wir dann in der Zeit nach den Sommerferien und im Wahlkampf zählen; denn ihnen geht es wie uns in der Wahlkommission nur um das Eine: den geeinten und gemeinsamen Kampf für die gute Sache – eine freie und sichere Schweiz.



von
Patrick Walder

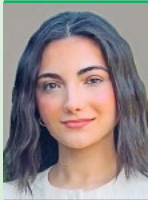
Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



JUNGI SVP – MIR REDET #KLARTEXT!

Unsere Zukunft zählt

Wenn ich an die Zukunft denke, wünsche ich mir nicht als Erstes mehr Macht oder mehr Einfluss. Ich wünsche mir Frieden, Sicherheit und ein Land, das seine eigenen Entscheidungen trifft.



Roshina Watti
Vorstand JSVP
Kanton Zürich
Nürens Dorf

Vielleicht denke ich deshalb anders über Neutralität als viele andere. Ich weiss, wie es ist, wenn Krieg den Alltag bestimmt und Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Als junge Frau beschäftigt mich deshalb die Schweizer Neutralität besonders. Für viele meiner Generation klingt sie wie ein Begriff aus dem Geschichtsunterricht. Doch je mehr ich mich mit ihr auseinandergesetzt habe, desto mehr habe ich verstanden, dass Neutralität nicht Vergangenheit, sondern Zukunft bedeutet. Sie hat der Schweiz über viele Generationen Stabilität, Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit ermöglicht. Gerade in einer Welt, die immer unsicherer und konfliktreicher wird, sollten wir diesen Wert nicht als selbstverständlich betrachten.

Ich bin überzeugt, dass Neutralität nicht Gleichgültigkeit bedeutet. Im Gegenteil. Ein neutrales Land kann humanitäre Hilfe leisten, Menschen in Not unterstützen und Brücken zwischen Konfliktparteien bauen. Solidarität zeigt sich nicht darin, auf der Seite eines Staates zu stehen, sondern darin, Menschen zu helfen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrer politischen Führung. Als junge Frau wünsche ich mir eine Schweiz, die sich für Frieden einsetzt, ohne sich von den In-

teressen anderer Staaten abhängig zu machen. Denn wahre Stärke zeigt sich nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch im Mut, den eigenen Werten treu zu bleiben.

Genau deshalb beschäftigt mich die Neutralitätsinitiative. Sie möchte die dauernde und bewaffnete Neutralität der Schweiz klar in der Bundesverfassung verankern. Für mich ist das kein Blick zurück, sondern eine Entscheidung für die kommenden Generationen. Werte wie Unabhängigkeit, Souveränität und Neutralität sollten nicht von der politischen Stimmung oder internationalen Entwicklungen abhängen. Sie geben unserem Land Orientierung und schaffen Vertrauen nach innen wie nach aussen. In einer Zeit, in der sich Fronten verhärten und Kompromisse immer schwieriger werden, kann die Schweiz ihre besondere Rolle nur dann glaubwürdig wahrnehmen, wenn sie an ihren Grundwerten festhält.

Als junge Generation tragen wir Verantwortung für das Land, das wir eines Tages unseren Kindern übergeben. Deshalb sollten wir uns fragen, welche Schweiz wir ihnen hinterlassen wollen. Eine Schweiz, die ihre Entscheidungen selbst trifft, ihre Unabhängigkeit bewahrt und sich glaubwürdig für den Frieden einsetzt. Für mich ist Neutralität keine Schwäche, sondern eine Stärke. Ja, ich glaube an eine Schweiz, die Brücken baut statt Fronten. An eine Schweiz, die Menschen verbindet statt sie zu trennen. Und ja, ich glaube daran, dass wir diese Verantwortung auch für die kommenden Generationen bewahren sollten!

SVP – FÜR EUSI LÜÜT

Das Feuerwerk verstummt – wir nicht

Am 1. August blieb der Himmel wegen der Trockenheit dunkel. Keine Raketen, kein Knallen, kein Spektakel. Nur Stille. Vielleicht war das ehrlicher als manche Festrede. Denn die Schweiz braucht kein Feuerwerk, um zu glänzen. Ihr hellstes Licht ist seit 735 Jahren die Freiheit.



Marc Bochsler
Kantonsrat SVP
Wettswil am Albis

Doch Freiheit ist tückisch: Man bemerkt oft erst, dass sie fehlt, wenn sie bereits verloren ist.

Als Zürcher Kantonsrat erlebe ich, wie dieser Verlust beginnen kann. Nicht dramatisch und nicht über Nacht. Er beginnt harmlos: mit einer neuen Stelle, einer Vorschrift, einem Förderprogramm. Jede Vorlage klingt vernünftig. Doch am Ende wächst die Verwaltung, die Rechnung wird höher und der Spielraum der Bürger kleiner.

Freiheit verschwindet selten mit einem grossen Knall. Sie geht leise verloren – Formular um Formular, Verordnung um Verordnung, Steuerfranken um Steuerfranken.

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit

Darum ist der 1. August mehr als Bratwurst, Schweizerkreuz und Festrede. Er erinnert uns daran, was unser Land stark gemacht hat: Der Staat ist für die Menschen da – nicht die Menschen für den Staat.

Unsere direkte Demokratie zwingt die Politik, den Bürgern zuzuhören. Der Föderalismus hält Entscheidungen nahe bei den Menschen. Die Gemeinde zuerst, dann der Kanton und erst danach der Bund. Was im Bezirk Affoltern gelöst werden kann, muss weder Zürich noch Bern regeln. Ein Baum wächst von den Wurzeln zur Krone – nicht umgekehrt.

Doch an diesen Wurzeln wird gesägt. Aufgaben werden zentralisiert, Verantwortung wird abgeschoben. Die neuen EU-Verträge führen weg von den Schweizer Stimmbürgern hin zu EU-Institutionen und zum EU-Gerichtshof.

Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn ist richtig – aber nur auf Augenhöhe. Wer fremde Regeln übernehmen und fremde Richter akzeptieren muss, ordnet sich unter. Selbstbestimmung kann man nicht scheinchenweise abgeben.

Für eine freie und selbstbestimmte Schweiz

Auch die Neutralität ist kein Ausstellungsstück. Sie schützt die Schweiz davor, in fremde Machtspiele hineingezogen zu werden. Sie erlaubt uns, mit allen zu reden, ohne uns einem Lager zu unterwerfen. Neutralität braucht aber eine Armee, die unser Land verteidigen kann. Sonst ist sie wie eine Haustüre ohne Schloss.

Im Kantonsrat kämpfe ich für einen sorgsam Umgang mit Steuergeldern, starke Gemeinden und mehr Eigenverantwortung statt Bevormundung. Denn jeder Franken, den der Staat verteilt, muss zuerst erarbeitet werden. Was wir nach oben abgeben, fehlt bei den Bürgern.

Patriotismus misst sich nicht an der Lautstärke einer Rakete. Er zeigt sich darin, auch bei Gegenwind für unser Land einzustehen. Freiheit muss an allen 365 Tagen gelebt und verteidigt werden.

Das Feuerwerk ist verstummt – wir sind es nicht. Die SVP wird ihre Stimme erheben: für unsere Gemeinden, für unseren Kanton und vor allem für unsere Lüüt. Mit Mut, Zuversicht und Rückgrat kämpfen wir für eine freie, sichere und selbstbestimmte Schweiz – damit unser Land auch für kommende Generationen eine Heimat mit Zukunft bleibt.



Freiheit muss an allen 365 Tagen gelebt und verteidigt werden. Bild: Adobe Stock

LAUSANNE BREMST KÜSNACHT AUS

Tempo 30 auf der Schiedhaldenstrasse: 2 wünschen, 22 wehren sich – und das Bundesgericht winkt durch

Die Schiedhaldenstrasse ist kein verträumtes Dorfgässchen, sondern die Hauptverbindung zwischen dem Küsnachter Dorf, Itschnach und Zumikon. Autos und die Buslinie 919 verkehrten dort jahrzehntelang reibungslos mit Tempo 50. Das hätte so bleiben können, wäre da nicht ein einzelnes zugezogenes Ehepaar, das an eine Hauptstrasse zog und dann überrascht feststellte, dass dort Verkehr herrscht. Es verlangte Tempo 30 wegen Lärms.



Nicolas Bandle
Präsident SVP Küssnacht
Küssnacht

Das kantonale Tiefbauamt von Regierungsrat Martin Neukom (Grüne) gab dem Ersuchen prompt statt. Und zwar, man lese und staune, «im Einvernehmen mit der Gemeinde Küssnacht». Der freisinnig geführte Gemeinderat nickte die Drosselung seiner eigenen Hauptverbindung also brav ab. Zum Vergleich: In Adliswil wehrte sich eine ebenfalls FDP-geführte Exekutive erfolgreich gegen Tempo 30, für ihr Gewerbe und ihre Bevölkerung. Offenbar ist «bürgerlich» nicht überall dasselbe.

22 gegen 2 – und trotzdem verloren
22 Küssnacherinnen und Küssnachter wehrten sich, darunter zahlreiche Gewerbetreibende und mehrere SVP-Mitglieder; unsere Partei unterstützte den Rekurs auch finanziell. Vergeblich: Lausanne hat abschliessend zugunsten der Temporeduktion entschieden.

Besonders stossend: Das Urteil stützt sich auf Gutachten des Tiefbauamts, also jener Behörde, die Tempo 30 gleich

selbst verfügt hat. Wer anordnet, begutachtet; wer begutachtet, hat recht. «Gefälligkeitsgutachten» wäre da noch wohlwollend. Metzger, die ihr eigenes Fleisch prüfen, würde man wohl kaum so unbesehen durchwinken.

Die Zeche zahlen die vielen

Profitieren werden das Ehepaar und die Immobilienbesitzer an der Schiedhaldenstrasse, ruhig gelegen an bester Lage. Der Wert dürfte noch unerschwinglicher werden. Bezahlen werden alle anderen: Pendler, Gewerbe, Busnutzer und

«Der Fall zeigt einmal mehr die Ironie linker Verkehrspolitik.»

die Anwohner der Boglerenstrasse, denn das kleine Quartiersträsschen ist neu die schnellste Verbindung nach Osten. Man verlangsamt eine Hauptstrasse und beschleunigt ein Wohnquartier. Es ist die bekannte Ironie linker Verkehrspolitik: Erst treibt man mit solchen Massnahmen die Liegenschaftspreise weiter in die Höhe, um anschliessend lautstark den unerschwinglichen Wohnraum zu beklagen. Bestellt hat diese Politik niemand; geliefert wird sie trotzdem.

EINES RECHTSSTAATES UNWÜRDIG

Bundesgericht auf Abwegen

Das Bundesgericht hat die Liebesaffäre Donzellaz/van de Graaf immer mehr hinausgezögert. Dabei verletzt es feste Grundsätze des schweizerischen Rechts.



Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Das Bundesgericht und viele obere kantonale Gerichte verfügen über eine grosse Justizautonomie. Das ist ein Zeichen unseres Rechtsstaates. Das bedeutet, dass nicht nur die Wahlen in die Gerichte demokratisch erfolgen. Volk und Parlamente sind an die Gerichtsurteile gebunden. Das Bundesgericht steht nicht unter Aufsicht der Bundesversammlung, sondern diese übt lediglich die «Oberaufsicht» aus. Dies bedeutet, dass das Parlament nur dafür sorgen

darf, dass das Gericht einwandfrei funktioniert. Eine Einflussnahme des Parlamentes und seiner Organe ist strikt verboten. Das Bundesgericht hat im Zuge der Affäre Donzellaz/van de Graaf diese verfassungsmässigen Grundsätze, welche das Gericht vor der Einflussnahme anderer Staatsorgane und vor Dritten schützen, verlassen. Das Gericht ist daran, seine Unabhängigkeit zu verspielen. Derweil ist die richterliche Unabhängigkeit einer der Kerne des Rechtsstaates.

Die Behandlung der Revisionsgesuche

Bekanntlich verbietet das Bundesgerichtsgesetz eine dauerhafte Partnerschaftsbeziehung zwischen Bundesrichtern. Deshalb sind im Zusammenhang

mit der erwähnten Affäre bisher acht Revisionsgesuche von Prozessparteien beim Bundesgericht eingereicht worden. Die Gerichtsleitung übermittelte den betreffenden Abteilungen des Gerichts ein von diesem bei ausstehenden Experten eingeholtes Gutachten. Auf Gesuch hin nahm das Bundesgericht davon nur Kenntnis, verweigerte jedoch die Einsicht bzw. dessen Kenntnisgabe. Die Judikatur und die Lehre verlangen jedoch eine Kenntnisgabe aller massgeblichen Akten an die Prozessparteien. Ohne Kenntnis des Gutachtens und der Stellungnahme der Revisionskläger dazu ist ein auf der gesamten Sach- und Rechtslage basierendes rechtsstaatliches Urteil kein solches.

Bundesgericht: Quo vadis?

Wohin geht das Bundesgericht? Es verletzte seine Unabhängigkeit und schob die üble Sache einfach der Bundesversammlung zu. Damit verletzte es den Grundsatz der Justizunabhängigkeit. Es versties ohne Not gegen den Kern des schweizerischen Rechtsstaates. Aus Mangel an Mut, seine uestigste Pflicht wahrzunehmen. Wenn es den Expertenbericht nicht unverzüglich den Revisionsgesuchstellern zur Stellungnahme unterbreitet, so erhebt sich die Frage des verfassungsmässigen rechtlichen Gehörs.

Die einfache Bürgerin und der einfache Bürger dürfen sich die Frage stellen: Ist die Bundesverfassung für das Bundesgericht, das höchste Gericht der Schweiz, nur noch ein Papierfetzen? Ist «Gepflogenheit» mehr als eine klare verfassungsrechtliche Bestimmung?



Das Bundesgericht verletzte den Grundsatz der Justizunabhängigkeit.

Bild: Adobe Stock

SVP DÄNIKON-HÜTTIKON

«Es lebe die Schweiz!» – Künzli-Chef Martullo begeistert an 1.-August-Feier in Dänikon-Hüttikon

Über 100 Personen fanden sich zur diesjährigen 1.-August-Feier in Dänikon-Hüttikon ein, die traditionell mit Alphornklängen eröffnet wurde. Gemeindepräsidentin und Kantonsrätin Beatrice Derrer hiess die Bevölkerung sowie Festredner Roberto Martullo willkommen. Sie erinnerte anlässlich des 735. Geburtstags der Eidgenossenschaft an Freiheit, Zusammenhalt und Heimatliebe als Werte, die das Land seit Generationen tragen.

Mit den Klängen des Alphorns wurde die diesjährige 1.-August-Feier in Dänikon-Hüttikon vom 9-jährigen Phil Schweinfurt feierlich eröffnet. Gemeindepräsidentin Beatrice Derrer aus Hüttikon hiess die Bevölkerung sowie den Festredner Roberto Martullo, CEO und Inhaber der Künzli-Schuhe, willkommen.

Wirtschaftskraft und Schweizer Werte

In einer erfrischenden Rede, die mit dem einen oder anderen Witz gespickt war, zog Roberto Martullo die Bevölkerung in den Bann – besonders, als er mit ironischem Unterton sagte, dass er

froh über den Ausgang der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» sei, weil er nun mehr Schuhe verkaufen könne. Er zeigte auf, worauf das Land stolz sein kann und wie Schweizer Unternehmen dank harter Schaffenskraft im internationalen Umfeld mithalten können. So gibt es in der Schweiz pro tausend Einwohner ein angemeldetes Patent.

Die Kraft liegt beim Schweizervolk, nicht beim Präsidenten

In der Schweiz liegt die Kraft beim Volk und nicht wie in den USA beim Präsidenten. Dazu trug der Referent die pas-

sende Kappe «Switzerland Great since 1291». Die Schweiz gehöre zu den grössten Handelsplätzen für Kaffee – nicht zuletzt dank Nescafé und der Erweiterung durch Nespresso. Mit Schindler habe zudem der zweitgrösste Liftbauer der Welt seinen Sitz im Land, obwohl es hierzulande mehr Chalets und Einfamilienhäuser als Wolkenkratzer gebe. Betrachtet man die neusten unternehmerischen Entwicklungen, so zählt die Schweiz pro Kopf weltweit zu den Ländern mit der höchsten Dichte an Rechenzentren.

Zusammenhalt als Erfolgsrezept des Landes

Martullo rief dazu auf, «die letzte Meile» zu gehen, und mahnte, keine Angst vor künstlicher Intelligenz zu haben – so laufe bereits ein Roboter in Künzli-Schuhen durch die Schweiz. Mit Verweis auf die 26 Kantonswappen im Bundeshaus und das Motto «Einer für alle, alle für einen» schloss er: Jung oder Alt, Frau oder Mann – gemeinsam schaffe man das. «Es lebe die Schweiz!» Im Anschluss an die Rede tauschte sich Martullo mit den Gästen in der Festwirtschaft aus. Dort sorgte der Schiessverein Dänikon-Hüttikon für das leibliche Wohl und das «Echo vom Furttal» für die passende Musik.



Gemeindepräsidentin Beatrice Derrer, Hüttikon, mit dem Festredner Roberto Martullo, CEO und Inhaber der Künzli-Schuhe. Bild: Fabian Schenkel

AUS DEM PRÄSIDENTIALJAHR

Apolitischer 1. August

Es gibt wohl kein apolitischeres Amt als das einer Kantonsratspräsidentin. Denn das Amt als Kantonsratspräsidentin bietet es, sich mit den eigenen politischen Meinungen zurückzuhalten.



Romaine Rogenmoser
Kantonsratspräsidentin SVP
Bülach

Aber natürlich erlaube ich mir trotzdem, etwas aus dem Nähkästchen meines Präsidialamtes zu plaudern. Zu meinen Aufgaben gehört die Ratsführung – das ist der öffentlichkeitswirksame Teil. Viel spannender sind aber die vielen repräsentativen Aufgaben, die das Amt auch mit sich bringt. So habe ich das Privileg, mit Menschen in Kontakt zu treten, zu denen ich sonst eigentlich keinen Zugang habe.

Unser politisches System ist ein Privileg

Vor Kurzem hatte ich die Möglichkeit, eine Finanzdelegation aus Südafrika zu begrüssen. Auf die Frage, wie denn in der Schweiz entschieden werde, wie

man die Steuergelder einsetzt – ob also für eine Strasse oder ein Spital – waren alle höchst erstaunt, dass dies bei uns immer und abschliessend der Bürger entscheidet, also das Volk. Auch auf die Nachfrage, wie das denn in einem Notfall sei, in dem Gelder rasch gesprochen werden müssen – wie z.B. während Corona – konnte ich beruhigen: Auch hier entscheidet das Volk bzw. das Parlament. Die Delegation kam aus dem Staunen nicht heraus. Es gibt wohl kein anderes Land, in dem das Volk so viel Mitspracherecht hat. Und es gibt praktisch auch kein Land, das erfolgreicher und sicherer ist als die Schweiz. Und einer der Hauptgründe, weshalb dies so ist, liegt in unserem politischen System, um das uns praktisch die ganze Welt beneidet. In keinem anderen Staat verfügen die Bürgerinnen und Bürger über so viel Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Wohlstand wie in der Schweiz.

Die Menschen, die bewusst an eine 1.-August-Feier kommen, bekennen sich

ganz offenkundig zur Schweiz und ihren Vorzügen. Aber das ist leider keine Selbstverständlichkeit mehr, denn es ist ja sehr in Mode, sich für sein Land zu schämen, seine Errungenschaften kleinzureden und die Annehmlichkeiten, die wir auf dem Silbertablett serviert bekommen, als selbstverständlich anzusehen. Aber wir sollten uns immer wieder vor Augen führen: Es ist nicht selbstverständlich, dass es uns heute so gut geht. Das Erfolgsmodell Schweiz ist vor allem dem Einsatz, der Weitsicht, der Weltoffenheit, dem guten Verhandlungsgeschick und auch einem gesunden Selbstbewusstsein unserer Vorfahren zu verdanken. Unsere Vorfahren haben mit ihrem Entscheid für die direkte Demokratie die Grundlagen für unseren Wohlstand geschaffen.

Ich frage mich allerdings in letzter Zeit vermehrt, wo wir falsch abgebogen sind. Weshalb genießen sich die Leute plötzlich, sich als Patriot zu bekennen? Und mit Patriot meine ich nicht, die Schweiz völlig verklärt zu sehen. Mit Patriot meine ich, sich des unglaublichen Privilegs bewusst zu sein, hier in der Schweiz geboren zu sein bzw. überhaupt Schweizer zu sein. Mit Patriot meine ich auch: dankbar zu sein für alles, was wir diesem Land und seinen Institutionen zu verdanken haben.

Politik betrifft uns alle

Ich selber versuche in meinem Amtsjahr natürlich auch, die politische Arbeit vermehrt nach aussen zu tragen. Denn Hand aufs Herz: Wenn man auf der Strasse 100 Leute fragt, was denn ein Kantonsrat sei, werden vermutlich 99 keine Ahnung haben. Und wenn man dann noch fragen würde: Was macht denn so ein Kantonsrat den lieben, langen Tag, dann wird das vermutlich ein noch grösseres Fragezeichen auslösen.



Romaine Rogenmoser an der 1.-August-Feier in Mettmenstetten. Bild: zVg

BLOCHERS KLARTEXT

Ewige Wahrheit

1291 – das Geburtsjahr unseres Landes – liegt weit zurück. Doch die Botschaft von der Gründung der Schweiz gilt bis zum heutigen Tag – für alle freiheitlichen Staaten. So feierten die USA kürzlich 250 Jahre ihrer «Declaration of Independence», die ihre Unabhängigkeit von England festhielt. Dort steht die gleiche Forderung wie im schweizerischen Freiheitsbrief, nämlich nach Unabhängigkeit.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Es ist eine zeitlose Forderung, und sie ist gerade für den Kleinstaat Schweiz lebensnotwendig. Der Bundesbrief unserer Eidgenossenschaft vermerkt in den ersten Zeilen, dass er «angesichts der Arglist der Zeit» verfasst und beschlossen worden ist. Diese «Arglist der Zeit» ist für die Schweiz keine Ausnahme, sondern der Normalfall. Gerade heute erleben wir dies wieder. Wie viele sind gegenwärtig bereit, die erfolgreichen Staatssäulen Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes zu opfern?

Diese Gründungswerte unseres Staates – im Bundesbrief festgehalten –

stellt Friedrich Schiller in seinem Mythos «Wilhelm Tell» besonders eindrücklich dar. Ausgerechnet der Ausländer Friedrich Schiller hat dies erkannt. Wie heute haben schon damals Ausländer die Bedeutung und Besonderheit des Fleckens Schweiz und seines Staates besser erkannt als manche Schweizer Politiker. So entstand 1804 eines der grossartigsten Bühnendramen überhaupt – ausgerechnet über die Gründung unseres schweizerischen Staates.

Dieses Drama wird bis heute auf vielen Bühnen immer wieder gezeigt. Als «Wilhelm Tell» 1939 – kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – im Zürcher Schauspielhaus aufgeführt wurde, ist das Publikum spontan aufgestanden und hat den Text des Rütli-Schwurs mitgesprochen. Nur Diktatoren und Freiheitsfeinde haben «Wilhelm Tell» immer wieder verboten. Sie wussten genau, weshalb sie das taten.

1.-AUGUST-FEIER IN DER GEMEINDE EGG

SVP-Vorstand organisierte Bundesfeier

Bereits zum dritten Mal in Folge organisierte der Vorstand der SVP Egg die 1.-August-Feier für die Gemeinde.

pf. Unter der fachkundigen Leitung von Kantonsratskandidat Marcel Heimann wurde die Bevölkerung von Egg auf dem Chilbiplatz bewirtet. Am Grill standen die beiden amtierenden Kantonsräte Ueli Pfister und Tobias Infortuna. Der Kiwanis-Club Egg ergänzte das kulinarische Angebot erneut mit seinen beliebten Crêpes.

Seit dem 1. Juli 2026 amtet SVP-Gemeinderat Markus Ramsauer als Gemeindepräsident von Egg. Er begrüusste die zahlreich erschienenen Einwohnerinnen und Einwohner zur Bundesfeier.

Als Festredner konnte Markus Wyss, Verwaltungsratspräsident der Forchbahn

AG, gewonnen werden. In seiner Ansprache hob er die grosse Bedeutung der Forchbahn für die Gemeinde Egg hervor. Als eigenständiges Verkehrsunternehmen verbinde sie die Gemeinde direkt mit der Stadt Zürich und leiste damit einen wichtigen Beitrag zum öffentlichen Verkehr.

Gleichzeitig bedankte sich Festredner Markus Wyss bei der Egger Bevölkerung für ihre langjährige Treue zur Forchbahn.

Für den musikalischen Rahmen sorgte der Egger Musiker Peter E. Weber und rundete die gelungene Bundesfeier stimmungsvoll ab.



Politiker im Einsatz: links Kantonsrat Tobias Infortuna, rechts Kantonsrat Ueli Pfister, in der Mitte Kantonsratskandidat Marcel Heimann. Bild: zVg

Deshalb habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, jede Woche mindestens einen Beschluss, den der Kantonsrat gefällt hat, in einem Video zu erläutern. Schauen Sie doch auch einmal rein. Es ist nämlich nicht so, dass wir Kantonsräte uns einfach jeden Montag gerne selber beüben. Wir machen Gesetze für Sie, für alle Bürger. Die Materie ist zugegebenermassen manchmal etwas trocken. Was ich hingegen nicht gelten lassen kann, ist, wenn jemand sagt: «Das betrifft mich nicht.» Jedes Gesetz hat einen Einfluss auf jeden Einzelnen. Als kleines Beispiel: Vor Kurzem haben wir die Förderklassen-Initiative im Rat angenommen. Jemand, der keine Kinder

hat oder Rentner ist, wird sagen: Das betrifft mich nicht. Dem ist aber nicht so, denn bei der Initiative geht es im Grunde um Bildung. Diese ist die Basis unseres wirtschaftlichen Handelns und entscheidet darüber, ob wir erfolgreich oder eben nicht erfolgreich sind. So gesehen hat auch eine Förderklassen-Initiative sehr wohl einen Einfluss auf Rentner oder Kinderlose.

Ich habe mir mit diesem kleinen Exkurs erlaubt, zu zeigen, wie privilegiert wir mit unserem politischen System sind, das wir unseren Vorfahren zu verdanken haben. Und ich denke, wir tun gut daran, diesem System, diesem Land Sorge zu tragen.

Fadegrad



von
Ueli Bamert

Realitätsferne
Anspruchshaltung

Seit einigen Wochen fährt der «Tages-Anzeiger» eine Artikelserie mit dem Titel «Mein Lohn»; darin sprechen Arbeitnehmer aus verschiedensten Branchen und Bereichen über ihren Lohn und ihre Lebenssituation – in einem Land, in dem niemand gern über die eigenen finanziellen Verhältnisse redet, ein interessantes Thema mit durchaus spannenden Einblicken. Ein Artikel aus der Serie ist mir dabei besonders ins Auge gesprungen. Porträtiert wird darin ein in Zürich wohnhafter 41-jähriger Tramchauffeur. Als Tram-pilot verdient er 7083 Franken pro Monat, was inklusive 13. Monatslohns ein Jahresgehalt von 92000 Franken ergibt. Dazu erhält er für seine drei Kinder monatlich 650 Franken Kinderzulagen. Zusammen mit seiner Frau und den Kindern lebt er in einer städtischen, vom Steuerzahler subventionierten Wohnung (Monatsmiete: 1430 Franken) und nebenbei profitiert die Familie von Prämienverbilligungen. Wie dem Artikel weiter zu entnehmen ist, engagiert er sich neben dem Job in der Gewerkschaft VPOD und ausserdem ist er seit einem Jahr Mitglied bei der SP. Damit wir uns recht verstehen: Es geht mir nicht darum, Neid zu schüren oder Klassenkampf zu betreiben; ich mag dem Herrn seinen Lohn und seine günstige Wohnung gönnen. Was mir an dem Artikel allerdings sauer aufstösst, ist der jammernde Grundton: Auf die Frage, ob er seinen Lohn fair finde, antwortet der Porträtierte schlicht «Nein». Dazu kommen Beschwerden über die Arbeitsbedingungen: die Arbeitszeiten seien «mühsam» und das ständige Sitzen sei oft «eine Qual». Ich bin sicher, die Bauarbeiter, die bei 35 Grad die Strasse asphaltieren, während das Tram an ihnen vorbeifährt, haben Mitleid mit dem Kollegen im klimatisierten Führerstand. Zur Erinnerung: In der Gastronomie und im Detailhandel sind Löhne zwischen 4000 und 5000 Franken die Norm. Eine Krankenschwester verdient in Zürich im Schnitt knapp 80000 Franken pro Jahr und selbst ein Assistenzarzt, bei dem eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 bis 60 Stunden Standard ist, verdient nur geringfügig mehr als der Tramchauffeur. Die Aussagen des porträtierten SP-Mitglieds stehen vor diesem Hintergrund exemplarisch für eine typisch linke, realitätsferne Anspruchshaltung. Vollends ins Absurde kippt der Artikel schliesslich bei der Frage, aus welcher Motivation heraus sich der Porträtierte bei der Gewerkschaft engagiert. Antwort: Er wolle «seinen Kindern eine bessere Zukunft hinterlassen». Was er wohl damit meint? Eine Zukunft, in der ein staatlich besoldeter Tramchauffeur sogar noch mehr verdient als ein Arzt und in der ihm die Wohnung vom Staat gänzlich gratis zur Verfügung gestellt wird? Kein Wunder haben die Verantwortlichen beim «Tages-Anzeiger» bei diesem Artikel die Kommentarfunktion deaktiviert.

Schulraum Ja – 100-Millionen-Projekt Nein

An der Gemeinderatssitzung im Juli war ein Schulhausprojekt traktandiert. Wie immer bei Schulhausprojekten geht es um die Kosten. In der Stadt Dübendorf müssen wir leider festhalten, dass die Schulhausprojekte eher Kunstwerken als Zweckbauten entsprechen. Genau aus diesem Grund sind die veranschlagten Kosten jeweils viel zu hoch und werden von der SVP-Fraktion kritisiert.



Patrick Walder
Kantonrat und
Gemeinderat SVP
Dübendorf

Das nun zur Abstimmung gelangende Schulhaus Stägenbuck hat aber nochmals ganz andere Dimensionen und eine langjährige Geschichte. Gemäss Traktandenliste im Gemeinderat ging es um einen Projektierungskredit von 3600000 Franken. In Wahrheit ging es aber um den Gesamtkredit von 107 Millionen Franken. Denn wenn der Projektierungskredit einmal bewilligt ist, dann ist es schwierig, den Baukredit zu bekämpfen. Man wird dann immer mit dem Argument konfrontiert, man habe doch jetzt schon für die Projektierung so viel Geld ausgegeben, dass es kein Zurück mehr gebe.

Daher muss festgehalten werden: Ein Ja im Parlament zu einem Projektierungskredit ist in der Regel auch ein Ja zum Baukredit. Die SVP-Fraktion hat den Projektierungskredit aus nachfolgenden Gründen abgelehnt.

Die Denkmalpflege treibt
die Kosten

Die SVP-Fraktion hat nichts gegen das Schulhaus Stägenbuck. Wir sehen aber nicht ein, dass dieses veraltete Schulhaus nicht einfach abgerissen und ein Zweck-Neubau aufgestellt wird. Schuld daran, dass dies nicht möglich sein soll, ist die Denkmalpflege.

Schon früh wurde klar, dass durch die Aufnahme des Schulhauses Stägenbuck ins Inventar über die Schutzbjekte der Denkmalpflege viele Optionen wie zum Beispiel der Ersatzneubau unmöglich erscheinen. Der Gemeinderat wollte sich trotzdem alle Optionen offenhalten und hat im Jahr 2017 dem Postulat der SVP zugestimmt, welches unter anderem ein Provokationsbegehren verlangte. Leider hatten die Exekutiven nicht den Mut, dieses umzusetzen. Mit dieser Mutlosigkeit schlug man

den Weg zu einem teuren Murks ein. Diesen Weg hat die SVP-Fraktion nie mitgetragen.

Als Politiker muss man sich immer fragen: Was würde man als Privatperson mit 100 Millionen Franken anstellen? Würde eine Privatperson dieses Geld wirklich in die Sanierung eines Gebäudes stecken, das gar niemandem gefällt? Ich kenne niemanden, der das Schulhaus Stägenbuck schützenswert findet, ausser eben die Denkmalpflege.

Der SVP-Fraktion ging es bei diesem Traktandum in erster Linie nicht einmal um den gigantischen Betrag von 100 Millionen Franken. Wir sehen es aber in unserer Verantwortung, dass die Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden. Die entscheidende Frage ist: Was ist der Gegenwert zu diesen 100 Millionen Franken?

Alternativen liegen auf dem Tisch

Selbstverständlich lehnen wir dieses Projekt nicht ab, ohne Alternativen zu bieten. Es gibt nämlich diverse alternati-

ve Möglichkeiten. Eine davon ist das Provokationsbegehren, welches zur Entlassung des Schulhauses aus dem Inventar der Denkmalpflege führen würde.

Weiter sind Alternativstandorte zu prüfen. Alternativstandorte wären zum Beispiel die Grünfläche vor dem Schulhaus Stägenbuck gewesen, der Flugplatz Dübendorf (der Innovationspark ist ja auf Sinnsuche), Standorte bei der EMPA oder auf dem Areal Gumpisbühl, in der Nähe des jetzigen Standorts. Für die Sekundarschule, welche in dieses Projekt auch involviert ist, wäre das eigene Areal Wasserfurren perfekt; 800 Meter vom Bahnhof Stettbach entfernt, mit beinahe eigener Bus- und Tramhaltestelle. Die Exekutive hat sich aber so auf das Stägenbuck versteift, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht.

Und wenn man Alternativen zum heutigen Schulhaus finden würde, käme immer die Frage: Was machen wir mit dem Stägenbuck? Die Antwort ist einfach: Es ist nicht das Problem der Dübendorfer Bevölkerung. Die Denkmalpflege hat es unter Schutz gestellt und hat gefälligst dafür zu sorgen, dass dieses anscheinend schützenswerte Objekt erhalten bleibt. Das kann nicht das Problem einer kommunalen Schulpflege sein, welche für die Schule verantwortlich ist und für nichts anderes.

Und wenn zitiert wird, dass die Gemeinde in der Verantwortung stehen würde, kein Volksvermögen zu vernichten, dann gilt dies nicht nur für Gebäude, sondern auch für das höchste Gut, den sinnvollen Einsatz liquider Mittel.

Können wir das vor dem
Volk vertreten?

Das entscheidende Argument für die Ablehnung in der Fraktion war aber folgendes: Können wir als Fraktion und als Partei mit gutem Gewissen vor die Parteiversammlung und anschliessend vor das Volk treten und sagen – diese 100 Millionen Franken sind gut eingesetzt und es hätte keine Alternativen gegeben?

Nein, das können wir nicht. Daher werden wir der Parteiversammlung auch beantragen, die Nein-Parole zu diesem Projekt zu fassen, wie es schon die Fraktion tat.



Für die Dübendorfer SVP ist entscheidend, mit gutem Gewissen vor die Parteiversammlung und das Volk treten zu können.

Bild: Adobe Stock

GASTBEITRAG

Wahre Kreislaufwirtschaft – Eine Chance für die SVP!

Wenn die Bürgerlichen das Thema Ressourceneffizienz weiterhin linksgrünen Kräften überlassen, drohen dem Kanton Zürich neue Verbote und Gebühren. Es ist Zeit für eine Kehrtwende: Warum eine marktwirtschaftliche Kreislaufwirtschaft im Kern zutiefst bürgerlich ist und das einheimische Gewerbe stärkt.

Wenn im politischen Zürich das Wort «Kreislaufwirtschaft» fällt, schrillen bei bürgernahen Unternehmern zu Recht die Alarmglocken. Zu oft wird das Thema von linksgrüner Seite als Vehikel für neue Verbote, planwirtschaftliche Quoten und teure Subventionstöpfe missbraucht. Doch wer Rohstoffeffizienz und das Schliessen regionaler Stoffkreisläufe rein ideologisch abstempelt, vergibt eine fundamentale Chance für unseren Mittelstand und den Zürcher Werkplatz.

Es ist eine ungemütliche Wahrheit, aber die bürgerlichen Parteien – allen voran die SVP – hinken bei diesen Themen den linksgrünen Vorlagen bisher fast immer hinterher. Wir reagieren meist erst, wenn die Gegenseite bereits die Bedingungen diktiert, und beschränken uns auf das blosses Verhindern. Damit muss Schluss sein. Die Zürcher Stimmbevölkerung hat den Kreislauf-Verfassungsartikel mit fast 89 Prozent angenommen. Das Thema ist Realität. Wenn wir das Feld weiterhin kampfflos der Linken überlassen, wird das Resultat ein lähmendes Staatsdiktat sein. Gerade im Hinblick auf die kommenden Kantonsratswahlen ist es für die SVP an der Zeit, das Thema politisch aktiv zu besetzen und zu zeigen, dass eine

wahre Kreislaufwirtschaft im Kern zutiefst bürgerlich ist. Wahre Konservative werfen Werte nicht weg – sie erhalten sie.

Heimatschutz und
Versorgungssicherheit

Die geopolitische Realität zeigt uns schonungslos, wie verwundbar unsere Wirtschaft durch die Abhängigkeit von globalen Lieferketten und ausländischen Rohstoffimporten geworden ist. Ob Metalle oder essenzielle Baustoffe: Wer reine Wegwerfwirtschaft betreibt, macht sich erpressbar. Eine kluge, wahre Kreislaufwirtschaft ist gelebter Heimatschutz. Wenn wir bestehende Materialien im Land behalten, sie wiederaufbereiten und im regionalen Wirtschaftskreislauf führen, stärken wir die kantonale Versorgungssicherheit. Das ist kein linksgrünes Wunschdenken, sondern eine Frage der nationalen Souveränität.

Submissionswesen: Qualität und
Regionalität belohnen

Der Hebel für eine bürgerliche Umsetzung liegt nicht in Verboten, sondern im öffentlichen Beschaffungswesen des Kantons Zürich. Bei kantonalen Ausschreibungen darf nicht länger stur das

billigste Angebot den Zuschlag erhalten, wenn Produkte unter zweifelhaften Bedingungen importiert wurde. Die kantonale Submissionsverordnung muss konsequent auf die Gesamtkosten über die gesamte Nutzungsdauer ausgerichtet werden. Ein langlebiges, reparierbares Produkt eines Zürcher Handwerkers schlägt langfristig die billige, aber kurz-

«Der Hebel für eine bürgerliche
Umsetzung liegt im öffentlichen
Beschaffungswesen.»

lebige Importware. Wenn wir zudem kurze Transportwege bei der Materialwiederaufbereitung als fixes Zuschlagskriterium gewichten, schützen wir unsere Kies-, Beton- und Recyclingwerke direkt vor ausserkantonaler Konkurrenz.

Gleiches gilt für den öffentlichen Bau: Der Kanton muss die Verwendung von Holz aus den eigenen Zürcher Wäldern gezielt einfordern. Unsere hiesige Waldwirtschaft nutzt das Holz seit Generationen so schonend, dass der Wald gesund nachwächst und kein Kahlschlag stattfindet. Indem wir einheimisches

Holz bei Kantonsbauten bevorzugen, stoppen wir den Import von billigem Raubbau-Holz aus dem Ausland und sichern die Existenz unserer lokalen Forstbetriebe und Sägereien. Das spart Steuergelder und sichert lokale Arbeitsplätze.

Echte Anreize statt staatlicher
Bürokratie

Damit unsere KMU kreislauffähige Produkte entwickeln, braucht es keine staatlichen Fördergelder, die den Markt verzerren. Es braucht die Entfesselung des Unternehmertums. Der Kanton muss steuerliche Anreize schaffen: KMU, die in zirkuläre Produktionsanlagen oder Reparaturinfrastrukturen investieren, müssen vom Recht auf Sofort- und Sonderabschreibungen profitieren.

Gleichzeitig fordert das Gewerbe einen radikalen Bürokratieabbau: Zertifizierungs- und Zulassungsverfahren für einwandfreie Recyclingbaustoffe und innovative Kreislaufprodukte müssen über eine kantonale KMU-Anlaufstelle im beschleunigten Verfahren abgewickelt werden. Es ist Zeit, dass die SVP das Heft in die Hand nimmt und zeigt, wie Nachhaltigkeit mit Marktvernunft, Freiheit und klarem Fokus auf das einheimische Gewerbe funktioniert.

Bruno Cogliati,
Vorstand SVP Wädenswil

SVP UITIKON

SVP Uitikon zu Gast bei British Classic Cars in Knonau

Die SVP Uitikon durfte am diesjährigen Sommerausflug zahlreiche Mitglieder und Gäste zu einer spannenden Betriebsbesichtigung bei der British Classic Cars AG in Knonau begrüßen. Der Anlass stiess auf grosses Interesse und bot den Teilnehmenden faszinierende Einblicke in die Welt der britischen Old- und Youngtimer.

Während der exklusiven Führung erhielten die Besucher einen eindrucksvollen Blick hinter die Kulissen des traditionsreichen Familienunternehmens, das sich seit zwei Generationen mit grosser Leidenschaft der Restaurierung, Wartung und Pflege legendärer britischer Fahrzeugmarken widmet. Ob Jaguar, Land Rover, MG, Triumph, Mini,

chen Austausch in angenehmer Atmosphäre.

Ein besonderer Dank gilt Hugo Krapf, Vorstandsmitglied der SVP Uitikon, der die Organisation und Planung des Anlasses mit grossem Engagement übernommen hat. Dank seiner sorgfältigen Vorbereitung konnte die Betriebsbesichtigung reibungslos durchgeführt werden.

Ein herzliches Dankeschön geht zudem an Edi Gut, Mitglied der SVP Uitikon, der den Teilnehmenden im Anschluss an die Führung einen feinen Imbiss offeriert hat. Sein Beitrag sorgte für einen gelungenen Ausklang des Abends und wurde von allen Anwesenden sehr geschätzt.

Die SVP Uitikon bedankt sich bei der British Classic Cars AG und der SVP Knonau für den herzlichen Empfang und die spannende Führung sowie bei allen Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse. Der gelungene Anlass wird den Teilnehmenden sicherlich noch lange in bester Erinnerung bleiben.

Sascha Gut,
Präsident SVP Uitikon

«Der Anlass wird uns noch lange in bester Erinnerung bleiben.»

Aston Martin, Bentley oder Rolls-Royce – die fachkundigen Erklärungen und die beeindruckenden Fahrzeuge begeisterten die Anwesenden gleichermassen. Die Kombination aus handwerklicher Präzision, technischem Know-how und gelebter Leidenschaft machte den Rundgang zu einem besonderen Erlebnis.

Der Anlass war ein voller Erfolg und bot neben interessanten Fachgesprächen auch die Gelegenheit zum persönli-



v.l.n.r.: Loris Spirig, Kassier SVP Uitikon; Hugo Krapf, Vorstandsmitglied SVP Uitikon; Clemens Weingartner, Geschäftsführer British Classic Cars AG; Sascha Gut, Präsident SVP Uitikon; Loris Bartolamai, Aktuar SVP Uitikon. Bild: zVg

SVP ZUMIKON

Gelungene 1.-August-Feier in Zumikon

An der 1.-August-Feier in Zumikon sorgte die SVP mit der Festwirtschaft für das leibliche Wohl der Besucherinnen und

Besucher. Bei bester Stimmung wurde gemeinsam der Schweizer Nationalfeiertag gefeiert.



v.l.n.r.: Aliko Feldmann, Ari Yaraguchi, Doris Graf (ehemalige Schulpflegerin), Marc Wachter (Präsident SVP Bezirk Meilen), Benny Wurmser (ehemaliger Schulpfleger), Adrian Feldmann (Sozialbehörde) und Fritz Studer. Bild: zVg

NATIONALFEIER IN OETWIL AM SEE

Würdiger Anlass mit Regierungsrat Ernst Stocker

Die gut besuchte Veranstaltung konnte bei besten Verhältnissen stattfinden, allerdings infolge der anhaltenden Hitzewelle und Trockenheit ohne Höhenfeuer.

Höhepunkt war natürlich die Festrede des Regierungsrates, seine fünfte an diesem Tag. Dabei strich er vor allem die Dankbarkeit gegenüber unserem Land heraus, wie es sich an einem Ge-

burtstag auch geizt. Es werde manchmal zu viel verlangt, gewünscht, erwartet und erhofft oder als selbstverständlich erachtet. Wir hätten in der Schweiz nach wie vor einen hohen Standard

wie der süsse Guss auf einer Geburtstags-torte. Es sei nicht selbstverständlich, dass uns der Storch genau über der Schweiz heruntergelassen habe. Gleichzeitig habe er auch Verständnis für viele Sorgen der Bevölkerung.

Sektionspräsident Eugen Hunziker überreichte dem verdienstvollen Regierungsrat zwei Geschenke: eines aus der neuen Dorfbäckerei Voland sowie zwei Tageskarten für die Königin der Berge, die Rigi. Nach seinem 40. und nun letzten Amtsjahr im Dienste des Zürcher Volkes werde er wohl nächstes Jahr etwas Zeit finden, um mit seiner Frau einen genüsslichen Ausflug unternehmen zu können. Der Präsident schloss mit dem Hinweis auf den Storch im Oetwiler Wappen, den Ernst Stocker doch tatsächlich noch gar nicht wahrgenommen hatte.

Eugen Hunziker,
Präsident SVP Oetwil am See



Regierungsrat Ernst Stocker (3. v.l.) mit Sektionspräsident Eugen Hunziker (2. v.l.) sowie den fünf Gemeinderäten.

Bild: zVg

UNABHÄNGIGKEIT IM ZENTRUM

Die etwas andere Bundesfeier in der Tellspielarena in Interlaken

Pro Schweiz inszenierte in der Tellspielarena in Matten bei Interlaken am Vortag zum Nationalfeiertag eine etwas spezielle Bundesfeier. Dabei stand die Unabhängigkeit der Schweiz im Zentrum.

RoMü. Die Tellspielarena in Matten bei Interlaken wurde einst gebaut, um Friedrich Schillers Drama «Wilhelm Tell» wiederkehrend aufzuführen. Dieses erlebte vor 222 Jahren seine Uraufführung und wird seit rund 100 Jahren auf der Freilichtbühne im «Rugenwald» aufgeführt. Schiller selber war aber nie in der Schweiz. Die notwendigen Informationen beschaffte sich der geschichtsinteressierte Schiller damals aus Überlieferungen, Beschreibungen der Schweizer Landschaft und historischen Quellen. Grundsätzlich ist bis heute nicht mit Sicherheit überliefert, ob Wilhelm Tell wirklich gelebt hat. Trotzdem widerspiegelt dieses Theaterstück den Zeitgeist zur Zeit der Gründung der Eidgenossenschaft. Die dazumal arme Bevölkerung in den Urkantonen wehrte sich gegen die fremden Herrscher. Mitten drin stand der einfache Bürger und als guter Armbrustschütze bekannte Wilhelm Tell. Die Konfrontation mit dem Gesslerhut, der Apfelschuss sowie die anschliessende Verhaftung und Tötung von Gessler machten ihn zur legendären Person, die als starkes Symbol bis heute an diese alten Werte erinnert.

Am Vortag zur Bundesfeier nutzte Pro Schweiz die Tellspielarena für eine durchaus vielseitige und eindrucksvolle Bundesfeier. Vor fast vollbesetzten Rängen marschierten zuerst die historische Fahnengruppe Interlaken und die Berner Dragoner in die Arena ein. Die Aargauer Turmbläser und die Oberländer Jodler und Fahnenschwinger sorgten für die musikalische Umrahmung der Feier.

Mittendrin stand die Moderatorin und Grossrätin Stephanie Gartenmann, die zahlreiche Festredner ankündigen durfte. Dieser Reigen wurde durch Stephan Rietiker, Präsident von Pro Schweiz, eröffnet, der die Festteilnehmer auf die anstehenden Volksentscheide über die Neutralitätsinitiative und den EU-Vertrag einschwörte. Die Matter Gemeindepräsidentin Lisa Randazzo zeigte sich erfreut, dass für diese Feier die auf ihrem Gemeindegebiet liegende Festspielarena genutzt und auch das Dorf besucht wurde. So richtig politisch wurde es aber mit Alt Nationalrat Walter Wobmann, der als Präsident des Komitees «Neutralitätsinitiative» den Abstimmungskampf eröffnete und dabei deutlich machte, dass die immerwährende bewaffnete Neutrali-



Christoph Blocher setzte in seiner leidenschaftlichen und emotionalen Festrede den Schwerpunkt auf eine neutrale und unabhängige Schweiz. Bild: RoMü

tät die Schweiz vor bewaffneten Konflikten schützt und aus Kriegen heraushält.

Der Chef ist das Volk

Eine klare Botschaft kam auch vom ehemaligen Berner SVP-National- und Ständerat Adrian Amstutz. Bezüglich der anstehenden Debatte um die Verträge mit der EU zeigte er auf, dass diese zu einer Unterwerfung der Schweiz gegenüber der EU führen werden. Dabei steht man vor derselben Ausgangslage wie einst vor über 700 Jahren, als sich die Urkantone mit dem Rütlichschwur gegen die Unterwerfung der Habsburger wehrten. Dabei erinnerte er die Politiker und Bundesmitarbeiter daran, dass nicht sie, sondern das Volk der Chef sei.

Danach gehörte die Freiluft-Festspielarena den Tellspielen. Das Publikum erlebte dabei die beiden Szenen mit Gesslers Hut und dem Apfelschuss. Wilhelm Tell und sein Sohn Walter schreiten an diesem vorbei, ohne zu grüssen, und werden in der Folge von den Wachen festgenommen. Zufälligerweise kommt Gessler dazu und verlangt im Wissen, dass Tell ein hervorragender Armbrustschütze ist, dass er seinem Sohn einen Apfel vom Kopf schiessen muss. Tell steckt sich aber vor dem Schuss einen

zweiten Pfeil zu, was Gessler stutzig macht. Er richtet sich fragend an Tell. Dessen Antwort ist unmissverständlich: «Mit diesem zweiten Pfeil durchschoss ich Euch, wenn ich mein liebes Kind getroffen hätte.»

Danach gehörte die Arena Alt Bundesrat Christoph Blocher. In seiner leidenschaftlichen und sehr emotionalen Festrede stand Tell im Mittelpunkt und unterstrich den Freiheitswillen vor 700 Jahren, der den Weg zur heutigen freien und unabhängigen Schweiz ebnete. Blocher nutzte diesen geschichtlichen Rückblick dazu, um die Bedeutung der bewaffneten Neutralität der Schweiz aufzuzeigen. Mit dem Grundsatz «Mischt Euch nicht in fremde Händel» hat die Schweiz unzählige Krisen und auch Kriege überstanden. Mit einem feurigen Appell rief Blocher die Schweizer auf, mit dem anstehenden Entscheid zur Neutralitätsinitiative diesem Grundsatz treu zu bleiben. Dazu gehört, dass sich die Schweiz – nicht zuletzt aus den Lehren des Völkerbundes – nicht in Machtblöcke wie die EU oder NATO einbinden lässt, sondern auf die bewaffnete immerwährende Neutralität setzt und sich auf diese verlassen kann. Nur so kann die Schweiz unabhängig und frei bleiben und damit ihren Wohlstand sichern.

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpf von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.





Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.



SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsi, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil/Dürnten
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bubikonerstrasse 43A, Dürnten.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 1. September 2026, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Alt Bundesrat Christoph Blocher und Kantonsrätin Ursula Junker.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 30. August 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Sonntag, 25. Oktober 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon-Hüttikon
Donnerstag, 27. August 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Vertrag, Strohdachhaus, Oetwilerstrasse 12, 8115 Hüttikon, Referent: Nationalrat Marcel Dettling, Parteipräsident. Mit Kantonsrätin Beatrice Derrer und Gemeinderat Fabian Schenkel.

Bezirk Dietikon/Weiningen
Dienstag, 18. August 2026, 20.00 Uhr, Veranstaltung zur Neutralitätsinitiative, Schlössli, Regensdorferstrasse 9, Weiningen, mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

Bezirk Meilen/Meilen
Freitag, 4. September 2026, 14.00 – 20.30 Uhr, SVP-Stand am Meilemer Herbstmarkt, Kirchgasse, Meilen.



Einladung zum Stamm vom 18. August 2026

Liebe Mitglieder und Freunde der SVP

Ort: 20:00 Uhr SchlössliSaal
Regensdorferstrasse 9 8104 Weiningen

Gäste:



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
„Wahrung der schweizerischen Neutralität“
(Neutralitätsinitiative)



Mario Okle
Gemeindepräsident
Aktuelles aus der Gemeinde

MEIN ESSEN,
MEINE WAHL.

NEIN ZUM VEGAN-ZWANG!



IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Sonntag, 23. August 2026, 09.30 Uhr, Boss-hards Biohof, Riet 4, Oetwil am See, mit Nationalrat Martin Haab.

Bezirk Meilen/Zumikon
Samstag, 22. August 2026, 11.00 Uhr, Grillplausch, Feuerstelle Strubenwis, oberhalb Golfplatz, Weid 9, Zumikon, mit Nationalrat Benjamin Fischer. Anmeldung an gerard.olivary@bluewin.ch.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 18. September 2026, 18.30 Uhr, Herbstparty, Schützenhaus, Schützenhof 5, Russikon, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Stadt Winterthur/Seen
Freitag, 04. September 2026, bis Sonntag, 06. September 2026, SVP-Stand an der Seemer Dorfet, Ecke Seenerstrasse/Werdstrasse, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Sonntag, 20. September 2026, 10.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Regierungsratskandidat Martin Hübscher.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 25. September 2026, 17.00 Uhr, Oktoberfest, Treffpunkt vor der Landihalle, Quellenstrasse 6, Uster. Kosten: 68 Franken. Anmeldung an wanner@jsvp-zh.ch.

NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag!



Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!



Spezialgast und Referent
Marcel Dettling
Nationalrat und Präsident SVP Schweiz
Do. 27. August 2026 19.30 Uhr
im Tenn vom Strohdachhaus Hüttikon
Für jeden Gast gibt es einen Cervelat mit Brot offeriert von:
Beatrice Derrer und Fabian Schenkel



Information
Warum brauchen wir den EU - Unterwerfungsvertrag nicht?



Austausch & Diskussion
Sie haben Fragen oder möchten mitdiskutieren? Kommen Sie vorbei. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!





svp-daenikon.ch
Die Partei des Mittelstandes

SVP USTER
NACHMITTAGSHÖCK

Politik bei Kaffee und Gespräch - direkt, ehrlich, bürgernah.



11

Dienstag, 11. August 2026
Zu Gast: Rico Vontobel, SVP-Bezirkspräsident und Lehrer. Aus seiner täglichen Praxis berichtet er über aktuelle Entwicklungen an unseren Schulen, den Lehrplan sowie die Herausforderungen im Bildungswesen. Ein spannender Einblick in die Schule von heute und die Bildungspolitik von morgen.



8

Dienstag, 8. September 2026
SVP für eusi Lüüt! Die Wahl der Sekundarschulpflege vom 27. September 2026 steht bevor. Mit Ueli Schmid, Kandidat für das Präsidium, und Maggie Bucher, Kandidatin für die Sekundarschulpflege, sind zwei engagierte SVP-Persönlichkeiten zu Gast. Eine gute Gelegenheit, sie persönlich kennenzulernen und über die Zukunft unserer Sekundarschule zu diskutieren.



Für eusi Lüüt

Ort: Restaurant Stella del Centro (in Uschter 77) in Uster
Zeit: Treffpunkt jeweils von 14.30 bis 17.00 Uhr
Warum: Weil uns Ihre Meinung interessiert
Eingeladen sind alle – ob spontan Interessierte, Sympathisanten oder langjährige SVP-Mitglieder.





SCHWEIZER QUALITÄT
Ehrlich. Engagiert. Für Uster.